

„Keine Satzung, keine Probleme“

Neue Straßenausbaubeitragssatzung findet keine Mehrheit

VON JAKOB GOKL

RINTELN. Unklare Mehrheitsverhältnisse sorgen im Rat der Stadt Rinteln meist für echte Spannung – und emotionale Wortgefechte. Nicht nur, dass die Mehrheit aus CDU, WGS und FDP am Zankapfel Straßenausbaubeitragssatzung (SABS) schon vor der Sitzung zerbröselte war. Der Rat war auch durch die grassierende Grippewelle deutlich ausgedünnt und mit nur 30 statt sonst 37 Mitgliedern besetzt. Als Ratsvorsitzender Matthias Wehrung also das verbale Schlachtfeld mit den Worten „Ich erwarte Diskussionsbe-

darf“ eröffnete, konnte niemand absehen, wie die Abstimmung nach der mehr als einstündigen Debatte enden würde.

Die Fronten waren – die SZ/LZ berichtete am Donnerstag ausführlich – schon im Vorhinein abgesteckt. Während WGS, FDP und Grüne sich einhellig für die Neufassung der Satzung aussprachen, bildete die CDU einen Pulk vehementer Gegner. Un eins war sich die SPD, deren Mitglieder wie Fraktionsvorsitzende Astrid Teigeler-Tegemeier anfangs ankündigte, entsprechend ihrer persönlichen Ansicht abstimmen würden. Hier verlief die Trennlinie in erster Linie zwischen „Dörfern“ und „Städtern“.

Den ersten Angriff auf die Verwaltungslinie ritt Dieter Horn, SPD-Ortsbürgermeister von Engern, Ahe und Kohlen-



Veit Rauch (CDU) und Dieter Horn (SPD) sind selten einer Meinung: argumentierten aber beide vehement gegen die Satzung.

FOTOS:TOL

städt. Mit sichtbarem Genuss sezierte er noch einmal die von ihm wahrgenommenen Ungerechtigkeiten der neuen Satzung. Der angebliche wirtschaftliche Nutzen einer Straßensanierung für Grundstücksbesitzer sei „oft nicht nachvollziehbar.“ Für Horn ist klar: „Alle benutzen die Straße, also zahlen auch alle.“ Die Satzung sei „unnützlich wie ein Kropf.“ Klar, die alte Satzung sei nicht mehr rechtskonform, „aber wir brauchen keine Satzung. Keine Satzung, keine Probleme.“

In seltener Einmütigkeit pflichtete CDU-Fraktionsvorsitzender Veit Rauch seinem Ratskollegen bei. „Es gibt gute Argumente in alle Richtungen“, betonte er zwar, „die CDU wird dennoch einstimmig gegen die neue Satzung stimmen.“ Er argumentierte, viele Kommunen hätten aus gutem Grund keine Satzung. Und auch bei der Grundsteuer sei die Stadt im Landkreisvergleich bei Weitem nicht im Spitzenfeld. Er beantragte daher, die Grundsteuer um 60 Punkte zu erhöhen. Ein Antrag, über den aus formalen Gründen allerdings erst in der



nächsten Ratssitzung abgestimmt werden kann.

Wortführer der Satzungsbeurwörter waren Gert-Armin Neuhäuser und Heinrich Sasse (beide WGS). Erster erklärte, er wisse zwar, dass seine Position hier im Saal zwar unpopulär sei, „aber ich mache das aus Überzeugung“. Er halte

eine Umlage auf die Grundsteuer für absolut unsozial.

„Dann bezahlen nämlich nur die Mieter.“ Die Besitzer könnten ihre Grundsteuer nämlich auf diese Umlegen. Sasse befand, dass in der Sitzung jene am meisten Applaus bekämen, die die wenigsten Argumente hätten. Denn ohne Satzung würden die kleinen Eigentümer für die großen Immobilienhaie mitbezahlen. Als Besitzer von mehr als zehn Wohnungen argumentiere er hier zwar gegen seinen eigenen Geldbeutel, „aber Eigentum verpflichtet“, zitierte er das Grundgesetz.

Die auch vom Publikum mit Spannung erwartete Abstimmung fiel mit 15 zu 15 Stimmen denkbar knapp – und gegen die neue Satzung aus. Über die Finanzierung per Grundsteuer wird in der nächsten Sitzung abgestimmt.